



Auf dem Weg zur Energieunion S&D Positionspapier

Februar 2015

S&D

Einführung

Die Idee einer ‚Energieunion‘ steht auf der politischen Agenda Europas ganz weit oben. 2010 schlugen die Ideenfabrik Notre Europe, Jacques Delors und EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek eine ‚Europäische Energiegemeinschaft‘ vor. Diese Idee wurde in der Folge im Jahr 2012 von Martin Schulz in seiner ersten Amtszeit als Parlamentspräsident gutgeheißen und übernommen. Vor kurzem hat Jean-Claude Juncker eine Energieunion zu einer der fünf Prioritäten für seine Kandidatur als Kommissionspräsident ernannt, und in den Schlussfolgerungen der Sitzung des Europäischen Rats vom Juni 2014 wurde die Idee einer Energieunion ebenfalls gutgeheißen und vom französischen Staatspräsidenten François Hollande unterstützt. Die neue Kommission Juncker hat mit Maroš Šef ovi einen führenden sozialistischen Vizepräsidenten, der speziell für die Energieunion verantwortlich ist – was bedeutet, dass unsere Fraktion sich beeilen sollte, um unsere Prioritäten festzulegen.

Warum eine Energieunion?

Zu den dringlichsten und weitreichendsten Herausforderungen für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zählen:

- die dringende Notwendigkeit eines **Übergangs zu einer nachhaltigen, kohlenstofffreien Wirtschaft auf der Grundlage erneuerbarer Energiequellen**, im Einklang mit dem Ziel der EU, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um bis zu 95% zu verringern. Energieeffizienz, erneuerbare Energien und intelligente, moderne Infrastrukturen sollten das Rückgrat der Energieunion bilden.
- die Notwendigkeit, **eine sichere, stabile und bezahlbare Energieversorgung zu garantieren**, die der europäischen Industrie und den Verbrauchern zugutekommt und der Energiearmut ein Ende bereitet.
- **Energieversorgungssicherheit** und Unabhängigkeit von teuren Importen (420 Milliarden Euro jährlich) von dominanten und immer weniger zuverlässigen Lieferanten aus Drittländern.
- ein **vollständig vernetzter Energiebinnenmarkt**
- die **Schaffung neuer hochwertiger Arbeitsplätze** und die Entwicklung neuer Exportmärkte durch weitere Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation;

die Unterstützung und Befähigung unserer KMU; und die Stärkung der industriellen Wettbewerbsstärke der EU, um das Industrialisierungsziel von 20% zu erreichen.

In den vergangenen fünf Jahren sind Fortschritte bei all diesen Themen versäumt worden, weil es den EU-Mitgliedsstaaten und der scheidenden EU-Kommission an Visionen, Ehrgeiz und Engagement gemangelt hat. Zwar ist es klar, dass wir langfristig mehr und bessere Instrumente auf europäischer Ebene zur Verfügung haben müssen, doch für die nächsten fünf Jahre sollten wir uns darauf konzentrieren, unsere Aktivitäten innerhalb der Grenzen des bestehenden Vertragsrahmens zu intensivieren und innovative und ehrgeizige Politiken und Arbeitsmethoden zu entwickeln, um unsere Ziele zu erreichen. Die Energieunion muss auf transparente und demokratische Art und Weise unter vollständiger Anwendung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens umgesetzt werden. Jeglichen Versuch, dieses Verfahren zu umgehen, würden wir als undemokratisch und im Widerspruch zu den Verträgen stehend erachten. Mit der zunehmenden politischen wie physischen Verflechtung der Energiepolitiken der Mitgliedsstaaten, durch die Entscheidungen eines Mitgliedsstaats die Energiesituation eines anderen gravierend beeinträchtigen können, ist ein höheres Niveau an Informationsaustausch, Koordinierung und Politikgestaltung auf europäischer Ebene erforderlich. Deshalb muss eine ehrgeizige und effiziente Steuerungsstruktur geschaffen werden.



Ziele und Ambitionen einer Energieunion

Als wichtigste progressive Kraft in Europa sind die Sozialdemokraten überzeugt, dass **die Energieunion ein neues Energiemodell für Europa darstellen sollte**, das die verschiedenen

Bereiche der Energiepolitik zusammenführt, um den Übergang von fossilen Energieträgern mit hohen Kohlenstoffemissionen zu einem nachhaltigen, zukunftsorientierten Energiesystem zu beschleunigen. **Der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien Vorrang einzuräumen, wird unseren Gesamtenergiebedarf und unsere Energieimporte verringern** und damit unsere Importkosten erheblich senken. Das wiederum wird ermöglichen, dass neue Investitionen auf eine intelligente Infrastruktur, die Entwicklung einer gemeinschaftsbasierten Mikroerzeugung, die maritime Entwicklung und Nachfragereaktionsmechanismen ausgerichtet sind, die die neuen digitalen Technologien voll nutzen, um das Verbraucherverhalten in Richtung einer Kreislaufwirtschaft zu lenken. Die Digitalisierung wird eine wichtige Rolle in der Energieunion und bei der Verringerung der Emissionen spielen. Europa muss bei der Entwicklung neuer innovativer Lösungen Vorreiter sein, um den Übergang von einer Wegwerfgesellschaft zu einer Kreislaufwirtschaft zu vollziehen.

Die Energiewende muss gerecht sein. Als Sozialdemokraten müssen wir dafür sorgen, dass der soziale Aspekt zu einem tief verwurzelten Bestandteil der Energieunion wird, mit einem intensivierten sozialen Dialog und Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitskräfte in der Energiebranche und in den damit verbundenen Industriezweigen sowie mit starken Verbraucherschutzmaßnahmen mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Bedürfnisse der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen und einer Kriegserklärung an die Energiearmut.



Ein solcher Ansatz sollte auch ein integraler Bestandteil unserer Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationspolitik sowie unserer industriellen Strategie sein, um

nachhaltigen Fortschritt und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und der Industrie wie auch den Investoren die dringend notwendige Gewissheit über Europas Fahrtrichtung zu verschaffen. Mittel- bis langfristig müssen wir eine wettbewerbsfähige, stabile Energieversorgung sicherstellen, die die externen Kosten aller Energiequellen vollständig internalisiert, um einen gerechten Wettbewerb zu gewährleisten und ein für allemal den Mythos zu beenden, dass erneuerbare Energien die teuerste Option seien. Kurzfristig sollten wir der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Branchen Europas besondere Aufmerksamkeit widmen und sicherstellen, dass angemessene Maßnahmen für die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen vorhanden sind.

Ein gut funktionierender und vollendeter Energiebinnenmarkt ist kein Selbstzweck, sondern vielmehr ein Rahmen, der es uns ermöglichen sollte, unsere Ziele zu erreichen. Das dritte Energiepaket sollte ohne Aufschub umgesetzt und seine Überprüfung auf eine sozialere und gerechtere Art und Weise ins Auge gefasst werden.

Wesentliche Elemente einer neuen Energieunion aus Sicht der Sozialdemokraten

1. Nachhaltiger Übergang

Ein nachhaltiger Übergang sollte die oberste Priorität der Energieunion darstellen. Die Energieunion sollte auf einer klaren politischen Verpflichtung basieren, erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz Vorrang einzuräumen und Europa zum weltweiten Vorreiter in diesen Bereichen zu machen. Der unlängst vereinbarte Klima- und Energierahmen für 2030 ist enttäuschend schwach, und sein nicht verbindlicher Charakter bedeutet, dass es unwahrscheinlich ist, dass die Ziele erreicht oder von vielen Mitgliedsstaaten ernst genommen werden. Zudem ist er unvereinbar mit dem beschlossenen Ziel der EU, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um bis zu 95% zu verringern. Die S&D Fraktion ist der Ansicht, dass die Zielvorgaben für Energieeffizienz und erneuerbare Energien deutlich nach oben revidiert und für die Mitgliedsstaaten verbindlich gemacht werden müssen, und zwar unabhängig von den Fortschritten in den internationalen Klimaverhandlungen. Bis dahin fordern wir Revisionen der Energieeffizienzrichtlinie und der Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden, weil die sauberste und erschwinglichste Energie jene ist, die nicht verbraucht wird. Energieeffizienzsteigerungen amortisieren sich, senken die Energierechnungen und verringern die Abhängigkeit von Einfuhren. Bis 2020 könnten durch Energieeffizienz zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, insbesondere durch das enorme

Potenzial im Gebäudebereich, der 40% des Gesamtenergiebedarfs der EU ausmacht. Die für Energieeffizienzprojekte verfügbaren Finanzmittel müssen drastisch nach oben revidiert werden. Auf der Produktionsseite ist es entscheidend, dass wir in Richtung einer Energielandschaft voranschreiten, die bis 2050 beinahe zur Gänze auf erneuerbaren Energien basiert. Um dies zu erreichen, sollten vom Großformat bis zum Mikrobereich alle Arten nachhaltiger Erzeugung genutzt werden.

Maßnahmen:

- ✓ Revision des Klima- und Energiepakets für 2030, um die Ziele für Energieeffizienz (auf 40%) und erneuerbare Energien (auf 45%) zu erhöhen und sie durch verbindliche nationale Zielvorgaben umzusetzen
- ✓ Aktualisierung der Energieeffizienzrichtlinie und der Richtlinie für erneuerbare Energien
- ✓ Revision der Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden

2. Intelligente Infrastrukturen

Was wir brauchen, ist eine Infrastrukturunion, die ein massives Investitionsprogramm zur Modernisierung unserer Energienetze umfasst. Ein neues, verpflichtendes Ziel für Verbindungsleitungen zwischen den Mitgliedsstaaten sollte vereinbart werden, um Energieengpässe zu vermeiden. Um eine effiziente Lieferung von erneuerbaren Energien an die großen Verbrauchszentren zu gewährleisten, sollte die Schaffung eines europäischen ‚Supernetzes‘ unterstützt werden. Die Einführung von intelligenten Netzen ist der Schlüssel für mehr Effizienz durch die Verwaltung von Angebot und Nachfrage, die Vermeidung von Überkapazitäten und die Minimierung der Notwendigkeit teurer Speicherlösungen. Um all dies zu tun, müssen die derzeitigen Finanzierungssysteme überarbeitet, neu ausgerichtet und effizienter gemacht werden. Abgesehen davon sollten zusätzliche öffentliche Gelder verwendet werden, um ausgewählte, besonders wichtige Infrastrukturvorhaben anzustoßen und private Investitionen zu unterstützen. Es ist wichtig, nur jene Infrastrukturprojekte vorrangig zu unterstützen, die sowohl bei der Energieübertragung als auch bei der Verteilung wirklich einen europäischen Mehrwert bieten und auf erschwinglichste und nachhaltigste Weise Versorgungssicherheit gewährleisten. Dadurch können öffentliche und private Investitionen optimal genutzt und unnötige Kapazitätsmärkte vermieden werden, wo Nachfrage- und Angebotsmaßnahmen bessere Alternativen bieten können. Diese Investitionen müssen heute getätigt werden, weil ihre Aufschiebung letztendlich nur mehr Geld kosten und die Belastungen zukünftigen Generationen aufbürden wird. Für jeden Euro, der heute im Energiebereich nicht ausgegeben wird, werden wir nach 2020 vier Euro brauchen, nur um die zusätzlich entstehenden Emissionen zu kompensieren.

Maßnahmen:

- ✓ ein neues, verpflichtendes Ziel für Stromverbindungsleitungen zwischen den Mitgliedsstaaten
- ✓ mehr Unterstützung für Verbindungsleitungen als Teil der ‚Connecting Europe Facility‘
- ✓ Die Liste der wichtigsten Infrastrukturprojekte (PCI) aktualisieren, die vollendet werden müssen, um ein intelligentes transeuropäisches Netz sicherzustellen, und für die notwendigen Investitionen sorgen

3. Der Mensch im Mittelpunkt

Eine Überprüfung des dritten Energiepakets sollte durchgeführt werden, um die Rechte der Verbraucher zu stärken und dafür zu sorgen, dass Senkungen der Großhandelspreise sich in den Einzelhandelspreisen angemessen niederschlagen. Das soll es den Konsumenten ermöglichen, von den niedrigsten verfügbaren Energietarifen zu profitieren, mehr Kontrolle über ihren Energieverbrauch durch die vollständige Ausschöpfung des Potenzials der neuen digitalen Technologien zu haben und voll von der Mikroenergieerzeugung – einschließlich ungehinderten Zugangs zum Netz – zu profitieren. Die Bekämpfung des Übels der Energiearmut sollte eine vordringliche Priorität sein. Neben sozialpolitischen Maßnahmen müssen wir durch abgestimmte nationale Aktionspläne der Mitgliedsstaaten, Scoreboards, den Austausch bewährter Praktiken und einen horizontalen Ansatz für die Bezahlbarkeit von Energie die europäische Perspektive weiterentwickeln. Dieser horizontale Ansatz besteht darin, dass alle neuen Politikvorschläge im Energiebereich unter dem Gesichtspunkt bewertet werden, wie sie besonders schutzbedürftigen Verbrauchern helfen könnten. Als Teil der Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie und der Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden sollte die Bekämpfung der Energiearmut zur Priorität erhoben werden, und die Maßnahmen sollten sich auf die Objekte mit der geringsten Energieeffizienz konzentrieren, die von einkommensschwachen Haushalten bewohnt werden, egal ob Mieter oder Besitzer. So sollten beispielsweise Sozialwohnungen bei der energieeffizienten Gebäudesanierung Vorrang erhalten.

Als Sozialdemokraten sollten wir den Auswirkungen der Energiewende auf die Beschäftigung besondere Aufmerksamkeit widmen. Beispielsweise sollten Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, die sich aus der Durchführung der von den G20 und vom Europäischen Rat bereits einstimmig gefassten Beschlüsse zur schrittweisen Beseitigung der Subventionen für schädliche fossile Brennstoffe ergeben, zur notwendigen Wiedereingliederung und Umschulung von Arbeitskräften beitragen.

Maßnahmen.

- ✓ Überarbeitung des dritten Energiepakets zur Stärkung der Verbraucherrechte und der Transparenz; sicherstellen, dass niedrigere Großhandelspreise auch niedrigere Einzelhandelspreise bedeuten, und dass alle Verbraucher automatisch den bestmöglichen Tarif erhalten
- ✓ eine spezifische Kommissionsmitteilung zur Energiearmut in Europa, begleitet von einem Aktionsplan einschließlich einer Definition der Energiearmut und der Erarbeitung nationaler Anzeiger (Scoreboards) für Energiearmut
- ✓ Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie und der Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden mit Fokus auf die Sanierung von Objekten, die von einkommensschwachen Haushalten bewohnt werden (sowohl Mieter als auch Besitzer)

4. Wettbewerbsgleichheit

Es kann nicht mehr akzeptiert werden, dass Steuergelder für traditionelle Energiequellen ausgegeben werden, die vor langer Zeit wettbewerbsfähig waren, sei es in Form von Zuschüssen, Subventionen oder anderen Arten von Unterstützung. Ungeachtet der potenziellen Rolle der Kohlenstoffbindung und -speicherung (CCS) bei der Unterstützung der Kohlendioxidreduzierung der energieintensiven Industrien sollte weitere Unterstützung hauptsächlich vom Privatsektor kommen, da diese Technologie trotz großer Investitionen ihre Wirksamkeit erst noch beweisen muss. Außerdem ist eine langfristige Perspektive entscheidend, da heute getroffene Entscheidungen – beispielsweise über neue Kohlekraftwerke – jahrzehntelange Auswirkungen haben werden und bedauerliche Einschlusseffekte schaffen. Um neue Investitionen in Richtung unseres neuen Energiemodells zu lenken, ist ein hoher Kohlenstoffpreis unerlässlich. Das EU-Emissionshandelssystem muss von Grund auf überholt werden, um ein langfristiges und klares Investitionssignal für private Investoren zu garantieren. Das langfristige Ziel sollte ein weltweiter Kohlenstoffpreis sein, um weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Bis dahin ist es aber entscheidend, dass unsere Energiewende nicht auf Kosten unserer energieintensiven Branchen geht. Die Kommission sollte weiter untersuchen, wie Wettbewerbsgleichheit zwischen europäischen und nichteuropäischen Herstellern geschaffen werden kann. Dabei sollten alle Optionen erwogen werden, einschließlich der Machbarkeit von Kohlenstoff-Grenzanpassungsmechanismen oder Emissionsnormen.

Maßnahmen.

- ✓ dringende Strukturreform des EU-Emissionshandelssystems, um einen ausreichend hohen Kohlenstoffpreis zu garantieren, um sicherzustellen, dass neue Investitionen mit unseren langfristigen Energie- und Klimazielen im Einklang sind und Einschlusseffekte zu vermeiden
- ✓ Machbarkeitsstudie der Kommission für einen Kohlenstoff-Grenzanpassungsmechanismus und Emissionsnormen oder andere Möglichkeiten, die europäische Industrie vor unfairem Wettbewerb zu schützen

5. Eine neue Strategie für öffentliche und private Investitionen

Wir müssen den chronischen Investitionsmangel im Energiesektor angehen. Gegenwärtig schafft eine verwirrende Fülle von Finanzierungsmethoden nicht die richtigen Anreize. Diese Gelder sollten effizienter verwaltet und ausgegeben werden, um größtmögliche Wirksamkeit zu gewährleisten. Dabei sollten innovative Finanzierungsinstrumente optimal genutzt werden, um private Investitionen, einschließlich Projektanleihen, zu unterstützen. Allerdings werden die Umgestaltung bereits bestehender Instrumente und die Hebelung von Finanzinstrumenten alleine nicht ausreichen. Vor allem für Infrastrukturvorhaben, die üblicherweise einen hohen Grad an öffentlicher Finanzierung – rund 50% – benötigen, müssen frische öffentliche Mittel aufgebracht werden. Deshalb werden wir weiter gehen müssen als die Maßnahmen, die im 315 Milliarden Euro schweren Investitionsplan der EU-Kommission vorgestellt wurden. Als Teil unserer Forderung nach einer europäischen Investitionsstrategie hat die Sozialdemokratische Fraktion ein neues Europäisches Investitionsinstrument (EII) vorgeschlagen. Dieses EII könnte eine öffentliche Finanzkapazität von 400 Milliarden Euro für sechs Jahre bereitstellen, auf der Grundlage von 100 Milliarden Euro, stufenweise eingezahltes Kapital von den Mitgliedsstaaten und eine EU-Haushaltsgarantie, mit zusätzlichen 300 Milliarden Euro, die auf den Kapitalmärkten aufgenommen werden. Dieses von den Mitgliedsstaaten eingezahlte Kapital würde von der Berechnung ihrer nationalen Haushaltsdefizite und Schuldenstände ausgenommen, was die dringend notwendigen Investitionen fördern statt bestrafen wird. Mit dieser öffentlichen Finanzkapazität von 400 Milliarden Euro könnte das EII private Investitionen von 100 Milliarden Euro für die Kofinanzierung von Infrastrukturprojekten, die finanzielle Unterstützung von Investitionen in die Energieeffizienz und Kredite zugunsten industrieller Innovationen durch KMU anziehen. Das ergäbe ein Gesamtvolumen von rund 500 Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Investitionen.

Maßnahmen.

- ✓ Schaffung eines Europäischen Investitionsinstruments (EII), wie von der S&D Fraktion vorgeschlagen, um eine Kapazität von 400 Milliarden Euro für sechs Jahre bereitzustellen

6. Eine solide industrielle Grundlage und Investitionen in Forschung und Entwicklung

Eine stärkere Unterstützung für energiebezogene Forschung und Entwicklung ist entscheidend für eine gerechte Energiewende und unerlässlich, um die technologische Führerschaft der EU gegenüber dem Rest der Welt zu untermauern und die wirksamsten Lösungen für Stromspeicherung, innovative erneuerbare Energien der nächsten Generation (aus Algen hergestellte solare Biotreibstoffe), CO₂-Valorisierung (Mikroalgen, Polycarbonate), die IKT-Verwaltung unseres Energiesystems und intelligente Anwendungen bereitzustellen. Die Energieunion sollte Teil einer größeren, umfassenden Industriestrategie sein, um das 20%-Ziel für eine Reindustrialisierung (20% des Bruttoinlandsprodukts der EU sollten von der Industrie kommen) zu erreichen. Deshalb ist mehr Forschung und Entwicklung unerlässlich, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, die Wirtschaft wiederbeleben und den für stabile, niedrige Energiepreise erforderlichen Fortschritt sicherstellen wollen. Die Halbzeitüberprüfung des Forschungsprogramms ‚Horizont 2020‘ sollte unter Beachtung dieser Prioritäten vorgenommen werden.

Besondere Aufmerksamkeit sollte dem Potenzial für ‚blaues‘ Wachstum gewidmet werden, da nachhaltiger Strom aus Meeresenergie (Offshore-Windkraftanlagen, Wellen- und Gezeitenkraftwerke) bis 2020 rund 1,6 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliche 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung schaffen könnte.

Maßnahmen:

- ✓ Die Halbzeitüberprüfung von ‚Horizont 2020‘ sollte die Prioritäten der Energieunion widerspiegeln und höhere Mittel für diese Bereiche bereitstellen

7. Mit einer Stimme sprechen

Die Energiepolitik und die Außenpolitik müssen Hand in Hand gehen, wenn wir die Taktik des Teilens und Herrschens von Seiten mächtiger externer Versorger vermeiden und verhindern wollen, dass die Sperrung von Energieversorgungswegen als politisches Druckmittel gegen die EU und ihre Mitgliedsstaaten eingesetzt wird. Europas Stimme in internationalen Organisationen wie der Internationalen Energieagentur muss einheitlich und somit verstärkt sein, und die EU sollte bei der Diversifizierung der Energieversorgung im Namen ihrer Mitgliedsstaaten agieren. Alternative Routen und Energielieferanten müssen speziell für jene Mitgliedsstaaten festgelegt und entwickelt werden, die derzeit von einem einzigen Lieferanten abhängig sind. Die Kommission sollte die verfügbaren Optionen für die gemeinsame Verhandlung von Energieverträgen mit externen Lieferanten im Namen der Mitgliedsstaaten darlegen und die Hauptverantwortung für die Planung und

Entwicklung wichtiger strategischer Infrastrukturprojekte übernehmen, welche stets den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU im Energiebereich respektieren müssen. Die EU sollte im Zusammenhang mit Antidumpingmaßnahmen energischer auftreten, um zu gewährleisten, dass die verarbeitende Industrie die Vorteile der Energiewende (einschließlich Windrädern, Sonnenkollektoren, hochwertiger Stahlwerkstoffe und Baumaterialien) in vollem Umfang nutzen kann.

Maßnahmen:

- ✓ Überarbeitung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Energieabkommen zwischen Mitgliedsstaaten und Drittländern, um seine Bestimmungen zu stärken und seine Kompatibilität mit den Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt und eine stärkere Rolle für die Kommission sicherzustellen
- ✓ von Fall zu Fall neue Zuständigkeiten für die Kommission, um wichtige strategische Infrastrukturvorhaben zu planen und zu verhandeln
- ✓ strengere Kontrolle von wettbewerbswidrigem Verhalten und Antidumpingmaßnahmen, um unsere Energiebranche zu schützen
- ✓ Die Kommission soll gemeinsame Gasankäufe im Namen von privaten und öffentlichen Einrichtungen organisieren, die dies möchten

8. Solidarität

Die grenzübergreifende Verflechtung von nationalstaatlichen Entscheidungen und Strategien im Energiebereich nimmt ständig zu. Beschlüsse in einem Mitgliedsstaat können viele (positive und negative) Auswirkungen auf andere Mitgliedsstaaten haben. Bessere Kommunikation, Konsultation und Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten sind eine Mindestvoraussetzung. Im Idealfall sollten europäische Mechanismen in Betracht gezogen werden (möglicherweise auf der Grundlage des ‚Europäischen Semesters‘, aber mit den demokratischen Verbesserungen, die unsere politische Familie verlangt). Solidarität sollte ein Standbein unserer Energiepolitik sein. Es muss eine detaillierte Bewertung des Umfangs, des Wertes und der Modalitäten der Schaffung gemeinsamer Gasreserven und einer deutlichen Erhöhung der Kapazitäten für den Umkehrfluss geben, um angebotsseitige Schocks zu verkraften und sicherzustellen, dass im Fall einer Krise das Gas tatsächlich dorthin geliefert werden kann, wo es gebraucht wird, mit besonderer Betonung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. Eine dringliche Priorität der Energieunion sollte die Beseitigung von Energieinseln sein. Bei der Ausarbeitung von Vorschlägen sollten die Ergebnisse der aktuellen Energiestresstests berücksichtigt werden.

Maßnahmen:

- ✓ Überarbeitung der Verordnung über die Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung aus dem Jahr 2010 im Hinblick auf die Erhöhung der Reserven und die mögliche Schaffung gemeinsamer strategischer Reserven
- ✓ Die Kommission soll Vorschläge für verbesserte europäische Mechanismen machen, um die Energiepolitik zwischen den Mitgliedsstaaten besser abzustimmen
- ✓ Erhöhung der Kapazitäten für den Umkehrfluss

Schlussfolgerung

Wir sehen der Vorlage eines kompletten Pakets durch die Kommission Anfang 2015 entgegen, das klare und konkrete Rechtsvorschriften enthält und den Weg für die nachhaltige Energiewende ebnet, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger und Europas Industrie so dringend brauchen.

